

N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 06.04.2022

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 19:30 Uhr
Sitzungsort: per Videokonferenz
Teilnehmer/-innen: siehe Anwesenheitsliste

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Bürgermeisterin Nußbeck eröffnet die per Videokonferenz stattfindende Sitzung um 16:35 Uhr und begrüßt die Mitglieder, Beigeordneten und Gäste. Sie stellt die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit insgesamt 6 stimmberechtigten Mitgliedern fest. Frau Nußbeck vertritt nach § 50 des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt den Oberbürgermeister, jedoch ohne Stimmrecht.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Frau Bürgermeisterin Nußbeck informiert, dass die Tagesordnungspunkte 8.4. (BV/054/2022/II-20BTM) und 8.5. (BV/005/2022/V-SKD) durch die Einreicher von der Tagesordnung genommen wurden.

Die geänderte Fassung wird zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis: 06:00:00

3 Genehmigung der Niederschrift vom 23.02.2022

Herr Fricke, Fraktion SPD, nimmt nun an der Videokonferenz teil (7).

Es werden keine Wortmeldungen hervorgebracht.

Abstimmungsergebnis: 05:00:02

4 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Frau Bürgermeisterin Nußbeck gibt die nichtöffentlichen Beschlüsse aus der Sitzung vom 23.02.2022 bekannt:

Grundstücksangelegenheit

Verkauf eines kommunalen Grundstückes in Roßlau
Erteilung einer Belastungsvollmacht

Personalangelegenheit

Bestellung von Frau Erxleben zur Amtsleiterin des Amtes für Gesundheit, Veterinärwesen und Verbraucherschutz

Jubiläen und Ehrungen

Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Dessau-Roßlau an Herrn Kammermusiker Reinhard Gutte.

Während des Tagesordnungspunktes betritt **Herr Fackiner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum – Bürgerliste**, die Sitzung (8).

5 Bekanntgabe und Begründung von Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters

Frau Bürgermeisterin Nußbeck erklärt, dass für den Berichtszeitraum keine Eilentscheidungen vorliegen.

6 Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Wortmeldungen zu dem Tagesordnungspunkt vor.

7 Öffentliche Anfragen und Informationen

7.1 Berichterstattung des Oberbürgermeisters aus dem Pandemiestab

Die Powerpointpräsentation ist als Anlage der Niederschrift zu entnehmen. **Herr Krause, Beigeordneter für Gesundheit, Soziales und Bildung**, berichtet über die stattgefundene Sitzung des Pandemiestabes sowie über die aktuellen Geschehnisse.

Herr Beigeordneter Krause berichtet, dass mit dem heutigen Datum 21.308 Fälle in Dessau-Roßlau bekannt sind. Der Inzidenzwert liegt aktuell bei 557. Aufgrund eines hohen Krankenstands der Mitarbeiter im Gesundheitsamt wurden 1.500 Fälle noch nicht in dem System erfasst und daher werden ab morgen erst einmal keine Inzidenzwerte veröffentlicht. Bedingt durch die aktuelle personelle Situation musste eine Umschulung der Mitarbeiter vom Bescheidwesen zu der Erfassung erfolgen. Die Nacherfassung der liegengebliebenen Fälle sollte bis zum Ende der Woche andauern. Die aktuelle Pressemitteilung wurde dazu genutzt, die Bevölkerung aufzufordern wachsam zu bleiben und die Situation weiterhin ernst zu nehmen. Weiterhin informiert Herr Beigeordneter Krause darüber, dass die Impfquote in der Stadt Dessau-Roßlau im Durchschnitt 10 % über dem Durchschnitt von Sachsen-Anhalt liegt. Das Impfzentrum in Dessau-Roßlau ist derzeit nur zu einem Viertel ausgelastet, was dazu führt, dass nun Impfangebote ohne Terminvergabe erfolgten. Darüber hinaus sind noch zwei Termine für das Kinderimpfen im Alter von 4 bis 11 Jahren, am 14.04 sowie am 05.05.2022, angedacht. Am 07.04.2022 ist eine Impfkaktion für die Flüchtlinge aus der Ukraine geplant. Aktuell liegen der Stadtverwaltung 108 Meldungen von Einrichtungen aus dem Gesundheitswesen vor, welche bis heute 397 ungeimpfte Mitarbeiter beinhalten. Diese Einrichtungen wurden in der 13. Kalenderwoche angesprochen und werden jetzt angehört.

Herr Schöнемann, Fraktion Die Linke, betritt die Sitzung (9).

Herr Mrosek, Fraktion AfD, möchte wissen, ob bereits Einzelfälle von Beschäftigungsverboten vorliegen nach der Einführung der Impfpflicht im Gesundheitswesen.

Herr Krause, Beigeordneter für Gesundheit, Soziales und Bildung, erläutert, dass noch keine Betretungsverbote ausgesprochen wurden. Die Stadtverwaltung muss nach dem Prinzip des mildesten Mittels entscheiden. Derzeit sind die Anhörungsbescheide versendet wurden. Die Beschäftigten haben nun mitzuteilen, ob mittlerweile eine Impfung erfolgte oder ein Genesenenstatus vorliegt.

Zu dieser Thematik werden keine weiteren Wortmeldungen hervorgebracht.

Daraufhin thematisiert **Herr Beigeordnete Krause** die aktuellen Geschehnisse der Flüchtling aus der Ukraine.

Er informiert, dass folgende Stäbe gebildet bzw. einberufen wurden:

- ein Katastrophenstab unter der Leitung der Berufsfeuerwehr sowie
- einen Führungsstab unter der Leitung des Beigeordneten für Gesundheit, Soziales und Bildung.

Der Katastrophenstab kümmert sich seit zwei Wochen um die tagtäglichen operativen Aufgaben, wie zum Beispiel das Management der Wohnungsausstattungen. Der Führungsstab beschäftigt sich u. a. mit Strategien hinsichtlich der Schulen, Kindertageseinrichtungen, Gesundheitswesen und des Arbeitsmarktes. Aktuell sind es 725 Flüchtlinge im Stadtgebiet, darunter befinden sich 196 schulpflichtige Kinder sowie

89 Kinder im Alter von 0 bis 6. Seit Anfang März kamen 4 große Busse mit Geflüchteten in Dessau an, in den Nächten vom 04.03. zum 05.03. und 10.03. zum 11.03. sowie am 15.03. und 03.04.2022. Erstmals werden am 08.04.2022 der Stadt 20 Personen aus der zentralen Anlaufstelle für Asylbewerber (ZAST) in Halberstadt zugewiesen. Weiterhin kommen viele Flüchtlinge entweder über Privatinitiativen in das Stadtgebiet oder aus Eigeninitiative. Das Berufsschulzentrum als Erstaufnahmestation bietet eine Bettenkapazität von 175 Betten an, wovon derzeit 135 Betten belegt sind. Die zur Verfügung stehenden Betten müssen dem Landesverwaltungsamt regelmäßig gemeldet werden. Weiterhin geht Herr Beigeordnete Krause auf die Situation in den Zwischenunterbringungen ein:

- Randelstraße 12 bietet 15 Wohneinheiten für derzeit 40 Personen.
- Bei der Bildungsträgergesellschaft GfM sind 67 Personen in 20 Zimmern untergebracht.
- Bei der BSG sind 20 Bettenplätze belegt.
- Im Domero-Hotel wurden bereits 208 Geflüchtete untergebracht.
- 140 Personen befinden sich in 75 privaten Haushalten.

Das DRK (ehemalige Senioreneinrichtung) dient als Quarantänestation mit insgesamt 15 Betten und derzeit werden dort 4 Personen behandelt. Darüber hinaus wurde die Turnhalle in Dessau-Kochstedt als zweite Erstaufnahmeeinrichtung eingerichtet.

Mittlerweile wurde vermehrt festgestellt, dass Kleintiere u. a. Hunde und Katzen von den Flüchtlingen aus der Heimat mitgebracht werden. Die Tiere müssen für vier Wochen in Quarantäne. Die Quarantänestationen sind das Tierheim in Dessau und die Tierpension. Derzeit kümmert sich das Veterinäramt darum, dass alle Tiere den vorgeschriebenen Impfschutz vorweisen können. Laut einer Entscheidung des Landesverwaltungsamtes müssen die Kosten für die Quarantäne sowie für die Impfungen und notwendigen Untersuchungen selbst getragen werden. Für die Stadtverwaltung sind die Kosten unverhältnismäßig und deshalb wird die Entscheidung hinterfragt. An den Wochenenden sowie in den Nachtstunden wird die Betreuung in den Erstaufnahmeeinrichtungen durch das DRK abgesichert. Das Städtische Klinikum wird die Verpflegung in den Erstaufnahmeeinrichtungen sowie in der Quarantänestation übernehmen. Dahingehend bedankt sich Herr Krause bei Herrn Adamek sowie bei den Mitarbeitern. Weiterhin wird die Testung zweimal wöchentlich durch die Berufsfeuerwehr abgesichert. Als nächstes informiert Herr Beigeordnete Krause, dass bereits 159 Flüchtlinge in 47 Wohnungen untergebracht wurden. Für die Unterbringung gibt es eine Sondereinheit, unter der Leitung von Frau Scharge, welche sich mit dem Management der Ausstattung der vorhandenen Wohnungen beschäftigt. Wenn die Wohnungen bestückt sind, geht eine Meldung an das Sozialamt. Das Sozialamt übernimmt dann das Belegungsmanagement. Weiterhin wurde eine zentrale Spendenstelle in der Flössergasse eingerichtet, welche von Frau Ziemba geleitet wird. Dann kommt Herr Beigeordnete Krause auf die Thematik Kindertageseinrichtungen und Schulen zu sprechen. Zunächst wurden die vorgeschriebenen Gesundheitsuntersuchungen organisiert, welche durch das MVZ durchgeführt werden. Bereits 120 Kinder haben eine Bescheinigung zur Gesundheitstauglichkeit erhalten. Einige wenige Kinder besuchen derzeit schon eine Schule. Dabei handelt es sich aber um die Kinder, die bereits mit ihren Familien in einem eigenem Wohnraum untergekommen

sind. Diese werden im entsprechenden Schulbezirk beschult. Die Anmeldungen für die Kindertageseinrichtungen laufen über die Dekita oder die Freien Träger. Darüber hinaus klärt das Landesschulamt die Einstellung von ukrainischen Lehrern, die bereits unter den Flüchtlingen identifiziert wurden (ca. 12 Personen), ab. Die Personen wurden dem Amt gemeldet und sollen relativ unkompliziert in den Schuldienst eingestellt werden. Anfangs sollen die Kinder in sogenannten Anfangsklassen beschult werden, bevor sie dann im nächsten Schuljahr in die jeweiligen Schulen einmünden. Danach geht Herr Beigeordnete Krause auf die Thematik des Arbeitsmarktes ein. Die Chefin der Agentur für Arbeit ist Mitglied des Führungsstabes. Es wurde bereits eine Informationsveranstaltung im Berufsschulzentrum durchgeführt. Nun kann die Agentur für Arbeit die Bewerbungsangebote für die 50 Interessenten systematisieren. Nebenher wird überlegt, ob weitere Meetings im Zeitraum April/Mai organisiert werden sollen. Mittlerweile ist bekannt, dass die Flüchtlinge bis zu 2 Jahre arbeiten dürfen.

Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen, informiert, dass neue Systeme in der Ausländerbehörde sowie im Sozialamt eingeführt werden sollen. Sie sollen einerseits dazu dienen, dass die Binnenverteilung der Flüchtlinge innerhalb von Deutschland verbessert wird. Andererseits sollen die Flüchtlinge spätestens nach 6 Monaten aus dem Asylbewerberleistungsgesetz in das SGB II überführt werden. Die aktuell vorliegenden Systeme sind nicht mit den neuen Systemen kompatibel. Das bedeutet, dass in der nächsten Zeit eine Menge Arbeit den beiden Ämtern bevorsteht. Weiterhin berichtet sie von einem Brief des Oberbürgermeisters aus der Partnerstadt Gliwice, welcher ein Hilfersuchen beinhaltet. Die Stadt Gliwice hat bereits 7.000 Flüchtlinge aufgenommen und bittet nun um Sach- sowie Geldspenden. Da die Stadtverwaltung keine Geldspenden übermitteln darf, da sie nur Steuermittel verwenden, wird die Verwaltung einen offiziellen Spendenaufruf starten. Der Aufruf soll das Spendenkonto von Gliwice beinhalten. Hinsichtlich der Sachspenden müssen noch verwaltungsinterne Absprachen erfolgen.

Herr Stadtrat Schönemann thematisiert die Problematik des Lehrermangels. Er möchte wissen, welche Aktivitäten seitens des Landes zur Nachjustierung getroffen werden.

Frau Bürgermeisterin Nußbeck erläutert, dass nach ihrem Kenntnisstand das Land beabsichtigt, ukrainische Flüchtlinge, welche vorher bereits als Pädagogen tätig waren, einzustellen. Die Flüchtlinge bekommen jedoch befristete Arbeitsverträge und eine differenzierte Entlohnung.

Herr Beigeordnete Krause berichtet, dass unter den angekommenen Flüchtlingen 12 Pädagogen identifiziert wurden. Laut einer Aussage des Landesschulamtes durchlaufen diese kein Anerkennungsverfahren. Dies löst nicht das generelle Problem des Lehrermangels. Dahingehend hat das Land viele Ausschreibungen getätigt,

welche bisher erfolglos geblieben sind. Weiterhin informiert er, dass bei einer Veranstaltung ein großes Interesse von Quereinsteigern herrschte und eine solche Veranstaltung demnächst wiederholt werden soll.

Herr Stadtrat Schönemann erläutert, dass es Signale gibt, dass die Schulsozialarbeiter nachjustiert und die Gemeinden finanziell durch das Land abgesichert werden. Er bittet darum, dass man mit dem Land in Kontakt tritt, denn dies stellt eine Form der Entlastung der Schulen für den Sektor der Vielfalt und Mehrsprachigkeit dar.

Herr Beigeordnete Krause berichtet, dass die kommunalen Spitzenverbände bereits Druck gegenüber dem Land ausüben. Sie wollen, dass die Verteilung, die bereits im Rahmen des Haushaltes stattgefunden hat, erhöht wird. Laut Aussagen der kommunalen Spitzenverbände lässt sich die Landesregierung bisher nicht erweichen.

Es werden keine weiteren Wortmeldungen hervorgebracht.

7.2 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Herr Dreibrodt, Freie Fraktion Dessau-Roßlau, berichtet von einem Zeitungsartikel, dem ein geplantes Treffen des Verbandes zur Pflege der Tradition der Nationalen Volksarmee und Grenztruppen der DDR im Mai zu entnehmen ist. Nachdem er sich die Internetseite des Verbandes angesehen hatte, war er schockiert, da dort einerseits eine reine Putin-Propaganda betrieben wird und andererseits, dass Herr Stadtrat Schönemann laut des obengenannten Zeitungsartikels dieselbe Meinung vertritt. Herr Stadtrat Dreibrodt möchte wissen, wie sich der Stadtrat zu dieser Veranstaltung positionieren soll oder was der Stadtrat in dieser Sache tun kann.

Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen, weist zunächst auf die Einhaltung der eigenen Geschäftsordnung hin und bittet um eine angemessene Disziplin innerhalb der Sitzung.

Danach erläutert sie, dass derzeit die Stelle des Pressesprechers nicht besetzt ist und sich die Leiterin der Pressestelle im Krankenstand befindet. Deshalb konnte die Stadtverwaltung nicht fristgerecht die Anfrage der Mitteldeutschen Zeitung beantworten. Sie bittet um Verständnis. Es wurde richtig festgestellt, dass die Veranstaltung auf einem Privatgelände stattfinden soll und solange keine strafrechtlichen oder verfassungsfeindlichen Tatbestände vorliegen, kann die Ordnungsbehörde nicht eingreifen. Die einzige Entscheidung, die die Stadtverwaltung treffen kann, ist, ob man das Fallschirmspringen auf dem Stadtwerke eigenen Flugplatz zulassen möchte. Ansonsten herrscht in Deutschland die Versammlungs- und Meinungsfreiheit.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, betont, dass seine Position der Mitteldeutschen Zeitung zu entnehmen ist. Für ihn ist es ein Verband der aus seiner Lebenserfahrung heraus versucht, fair mit dem Prozess der deutschen Einheit umzugehen, unabhängig von deren Position zu den aktuellen Geschehnissen in der Ukraine. Er

erläutert weiterhin, dass beachtet werden soll, dass die Veranstaltung weit vor den Kriegereignissen geplant wurde. Dennoch ist es entscheidend, wie sich der Verband zu diesen Vorwürfen verhält. Herr Stadtrat Schönemann wünscht sich, dass es eine faire internationale Betrachtung der Vorgänge gibt, so dass am Ende klar ist, wer welche Verantwortung trägt.

Herr Adamek, Fraktion CDU, berichtet, dass es bereits Reaktionen des Verbandes gibt, welche Herrn Stadtrat Fricke und ihm per E-Mail zugegangen sind. Die E-Mail beinhaltet keine beeindruckenden Drohgebärden, aber es wird schon eine gewisse Heuchelei und ähnliches vorgeworfen. Er findet, dass die Durchführung solch einer Veranstaltung absolut inakzeptabel ist und er würde es gut heißen, wenn der Stadtrat sich gemeinsam in der Stadtratssitzung Ende April dazu positionieren würde.

Herr Fricke, Fraktion SPD, stimmt Herrn Adamek inhaltlich zu und würde eine gemeinschaftliche Positionierung des Stadtrates begrüßen, welche durch eine Vorlage unterstrichen werden könnte. **Herr Stadtrat Dreibrodt** bietet seine Hilfe bei der Ausarbeitung der Vorlage an und empfiehlt den Stadträten, sich die Internetseite des Verbandes im Vorfeld anzusehen.

Herr Stadtrat Adamek erwähnt, dass es bereits seit langem geplant war, dass die Ortschafträte eine Seite auf der Homepage der Stadtverwaltung erhalten. Er wünscht sich dadurch mehr Struktur und bittet um erneute Prüfung.

Herr Mosch, Leiter des Sachgebiets Ortschafts- und Stadtbezirksangelegenheiten, erklärt, dass bereits seit ca. 2 Jahren ein Konzept diesbezüglich vorliegt und dass auch bereits alle Daten dafür gesammelt wurden. Die Umsetzung erfolgte bisher nicht, da in einer Kategorie aufgrund von Urheberrechtsgesetzen eine Überprüfung notwendig ist und die dafür verantwortliche Mitarbeiterin sich seit über einem Jahr im Krankenstand befindet. Wenn das Personal dafür da ist, wird dieses Konzept umgesetzt.

Des Weiteren möchte **Herr Stadtrat Adamek** erfahren, wieso die angedachten Baumfällungen im Bereich des Gropiusgymnasiums nicht vorgenommen wurden. Er befürchtet, dass wenn die Baumfällarbeiten nicht abgeschlossen werden, der Bau für die neue Zweifeldsporthalle nicht durchgeführt werden kann.

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, berichtet, dass es bei dem Projekt aus verschiedenen Gründen zu Verzögerungen kommt. Der wesentlichste Grund ist, dass die Stadtverwaltung noch keine Zusage für die Fördermittel erhalten hat und auf einen Bescheid wartet. Es wurde auch ein Antrag auf vorzeitigen Maßnahmebeginn gestellt, aber dieser wurde auch noch nicht bewilligt.

Herr Stadtrat Schönemann erwähnt, dass er gehört hat, dass im ersten Halbjahr 2022 aus dem eigenen Bestand ein Mülldetektiv eingestellt wurde. Er möchte erfahren, ob dies stimmt und was mit der zweiten Stelle passiert.

Frau Bürgermeisterin Nußbeck bestätigt die Aussage. Das Verfahren der zweiten Stellenausschreibung ist nun beendet und sie geht davon aus, dass die Stelle adäquat besetzt wird.

Herr Mrosek, Fraktion AfD, weist auf den Besichtigungstermin der Grabensysteme in Mosigkau am 19.04.2022 um 10:00 Uhr hin. Er lädt dazu recht herzlich die Stadtratsmitglieder ein.

Herr Stadtrat Fricke möchte genaue Ausführungen zu den personellen Veränderungen der Pressestelle. **Frau Bürgermeisterin Nußbeck** erläutert, dass Herr Sauer zum 31.03.2022 die Stadtverwaltung auf eigenen Wunsch verlassen hat und nun im Städtischen Klinikum tätig ist. Die Stelle des Pressesprechers wird ausgeschrieben und nachbesetzt. Derweilen werden die Presseerklärungen von der Referatsleiterin des Oberbürgermeisters, Frau Kuhnt, übernommen und die restliche Pressearbeit durch die Mitarbeiter der Pressestelle abgedeckt.

Herr Fackiner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum – Bürgerliste, berichtet von mehreren Bürgeranfragen, die sich auf das Veröffentlichen der Sitzungsunterlagen im SessionNet beziehen. Die Bürger wünschen sich, dass die Unterlagen früher online gestellt werden. Herr Stadtrat Fackiner bittet um Prüfung. **Frau Bürgermeisterin Nußbeck** sichert eine schriftliche Antwort zu.

Des Weiteren bittet **Herr Stadtrat Fackiner** um eine erneute Prüfung, ob die Sitzungen der Gremien für die Öffentlichkeit gestreamt werden können.

Frau Bürgermeisterin Nußbeck erläutert, dass das Streamen grundsätzlich möglich ist und dass dies bereits einmal im Ausschuss für Finanzen praktiziert wurde. Das Problem ist, dass die Stadtverwaltung auf Plattformen zurückgreifen muss, die datenschutzrechtlich ambivalent sind. Sie sichert dennoch eine erneute Prüfung zu sowie eine schriftliche Antwort.

Frau Koschig, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum – Bürgerliste, berichtet von einem Schreiben des Bürgers Herrn Mitsching. In dem Schreiben geht es um die fehlenden Ortseingangsschilder von Mühlstedt nach Meinsdorf sowie von Streetz nach Roßlau. Sie möchte den aktuellen Stand der Bearbeitung erfahren.

Die **Stadtverwaltung** sichert eine schriftliche Antwort zu.

8 Beschlussfassungen

8.1 Eintritt in der Verein "Lokale Aktionsgruppe Mittlere Elbe-Fläming e.V." (Arbeitsnahme) Vorlage: BV/045/2022/I-OR

Frau Bürgermeisterin Nußbeck führt kurz in die Beschlussvorlage ein und stellt die Vorlage danach zur Abstimmung.

Herr Dreibrodt, Freie Fraktion Dessau-Roßlau, verlässt zu diesem Tagesordnungspunkt die Sitzung. (8)

Abstimmungsergebnis: 08:00:00

8.2 Erlass von Sondernutzungsgebühren Vorlage: BV/053/2022/I-80

Frau Bürgermeisterin Nußbeck führt kurz in die Beschlussvorlage ein und stellt sie danach zur Abstimmung.

Herr Dreibrodt, Freie Fraktion Dessau-Roßlau, betritt die Sitzung (9).

Abstimmungsergebnis: 09:00:00

8.3 Änderung der Entschädigungsleitlinie der Stadt Dessau-Roßlau für Vertreter/Vertreterinnen der Stadt Dessau-Roßlau in städtischen Unternehmen Vorlage: BV/023/2022/II-20BTM

Frau Bürgermeisterin Nußbeck führt kurz in die Beschlussvorlage ein und informiert über eine Ausarbeitung von Frau Stadträtin Ehlert, die den Mitgliedern des Haupt- und Personalausschuss zugegangen ist. Frau Nußbeck äußert ausdrücklich, dass es zwei kritische Punkte in der ausgereichten Ausarbeitung gibt. Man muss einerseits unterscheiden, ob man die Entschädigung von einem privaten Unternehmen oder von einem öffentlichen Institut erhält. Bei den privaten Unternehmen muss man zusätzlich die gemeinnützigen GmbHs von den „normalen“ GmbHs unterscheiden. Somit sind nicht alle Situationen vergleichbar. In der letzten Stadtratssitzung wurden zwei Wünsche geäußert:

1. der Umstieg von Sitzungsgeld auf Pauschalen und
2. die Anpassung der Vergütungshöhe.

Die Stadtverwaltung hat sich den Aufwand in den einzelnen Gremien angesehen und hat beschlossen, dass die bisherige Höhe der Aufwandsentschädigung angemessen ist.

Herr Mrosek, Fraktion AfD, verlässt für diesen Tagesordnungspunkt die Sitzung (8).

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, erläutert, dass damit verhindert werden sollte, dass sich jedes Stadtratsmitglied als Kleinunternehmer anmeldet und eine zweite Steuernummer einholen muss. Des Weiteren findet er, dass in der neuen Entschädigungssatzung das Ehrenamt nicht ausreichend gewürdigt wird.

Abstimmungsergebnis: 06:00:02

8.4 Unternehmensangelegenheiten
Änderung des Gesellschaftsvertrages der MVZ SKD gGmbH
Vorlage: BV/054/2022/II-20BTM

Der Tagesordnungspunkt wurde durch den Einreicher von der Tagesordnung genommen.

8.5 Änderung der Betriebssatzung des Städtischen Klinikums Dessau
Vorlage: BV/005/2022/V-SKD

Die Beschlussvorlage wurde durch den Einreicher von der Tagesordnung genommen.

8.6 Vergabe von Ausschreibungen von baulichen Planungsleistungen
auch an externe Planungsbüros (möglichst aus der Region)
Vorlage: FV/008/2022/AfD

Zu Beginn des Tagesordnungspunktes erscheint **Herr Mrosek, Fraktion AfD**, zur Sitzung (9).

Herr Stadtrat Mrosek führt kurz in die Fraktionsvorlage ein.

Frau Bürgermeisterin Nußbeck gibt das Abstimmungsergebnis aus dem Ausschuss für Finanzen (02:05:01) bekannt. Weiterhin erläutert sie, dass die Stadtverwaltung sämtliche Planungsleistungen extern vergibt.

Nach einer Aussage von **Herrn Adamek, Fraktion CDU**, dass das Regionalprinzip vergaberechtlich nicht anwendbar ist, erläutert **Frau Bürgermeisterin Nußbeck**, dass es Ausnahmesituationen gibt. Zum Beispiel hat es in der Zeit der Pandemie eine Erleichterung im Vergabeverfahren gegeben. Ansonsten werden Planungsleistungen an die Planungsbüros gegeben, mit denen schon eine Vertrauensbasis aufgebaut wurde.

Herr Fackiner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum – Bürgerliste, erläutert seine Gegenstimme zur vorliegenden Vorlage.

Herr Rumpf, Fraktion CDU, nimmt nicht an diesem Tagesordnungspunkt teil (8).

Abstimmungsergebnis: 02:06:00

8.7 Änderung der Hauptsatzung der Stadt Dessau-Roßlau **Vorlage: FV/009/2022/BÜRGER**

Die Tagesordnungspunkte 8.7. (FV/009/2022/Bürger) und 8.8. (FV/010/2022/Linke) werden gemeinsam diskutiert. Die Wortbeiträge zu den Tagesordnungspunkten werden hier protokolliert.

Frau Bürgermeisterin Nußbeck führt kurz in die Beschlussvorlage ein. Des Weiteren unterbreitet sie folgenden Änderungsvorschlag:

	Alt	Neu
Titel	Änderung der Hauptsatzung der Stadt Dessau-Roßlau	Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Dessau-Roßlau
Beschluss	Der Stadtrat beschließt die Änderung der Hauptsatzung und fasst den Absatz 1 im § 14 a Kinder- und Jugendbeauftragter wie folgt: „Der Stadtrat bestellt im Einvernehmen mit dem Oberbürgermeister einen hauptamtlichen kommunalen Kinder- und Jugendbeauftragten der Stadt Dessau-Roßlau.“	Der § 14 a Abs. 1 der Hauptsatzung wird wie gefolgt geändert: 1. Der Stadtrat bestellt im Einvernehmen mit dem Oberbürgermeister einen hauptamtlichen kommunalen Kinder- und Jugendbeauftragten der Stadt Dessau-Roßlau. 2. Die Änderung der Hauptsatzung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Herr Fackiner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum – Bürgerliste, übernimmt als Einreicher die vorgeschlagenen Änderungen.

Herr Rumpf, Fraktion CDU, ist der Sitzung beigetreten (9).

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, erläutert, dass die Fraktionsvorlage der Linken eine Präzisierung aus der terminlichen Sicht beinhaltet. Der hauptamtliche Kinder- und Jugendbeauftragte soll nur der erste Schritt zur Bildung einer Jugendvertretung sein. Er ist erfreut, dass nach 4,5 Jahren endlich Dynamik in die Thematik kommt. Weiterhin schlägt er vor, dass die beiden Vorlagen vereint werden. Herr

Stadtrat Schönemann möchte erfahren, wann die Einstellung des hauptamtlichen Beauftragten realistisch ist.

Damit die Satzung rechtskonform angezeigt werden kann, ist eine Verschmelzung der beiden Vorlagen nicht möglich, so **Frau Bürgermeisterin Nußbeck**. Weiterhin erläutert sie, dass eine Besetzung der Stelle nur möglich ist, wenn eine Stellenausschreibung erfolgt ist. Dafür wird eine Stellenbeschreibung sowie eine Stellenbewerbung benötigt, welche noch nicht vorliegen. Somit ist die Terminsetzung am 01.08.2022 nicht realistisch. Sie schlägt folgenden Termin vor: 01.01.2023.

Frau Beck, Leiterin des Rechtsamtes, informiert, dass die Hauptsatzungsänderung mit einer 2/3 Mehrheit im Stadtrat beschlossen werden muss. Danach hat die Obere Kommunalaufsichtsbehörde eine zweimonatige Genehmigungsfrist. Erst danach kann die Hauptsatzung veröffentlicht werden.

Des Weiteren möchte **Herr Stadtrat Schönemann** wissen, ob der Prozess der Jugendvertretung schon vorgedacht und vorbereitet werden kann. Er wünscht sich, dass der Jugendhilfeausschuss ein Modell entwickelt, welches dann von dem hauptamtlichen Beauftragten umgesetzt werden kann.

Herr Stadtrat Fackiner wird den Wunsch dem Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses vortragen.

Die Fraktionsvorlage wird in geänderter Form zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis: 08:00:01

8.8 Änderung der Hauptsatzung Vorlage: FV/010/2022/Linke

Frau Bürgermeisterin Nußbeck trägt folgenden Änderungsvorschlag vor:

	Beschluss
Alt	1. Der Stadtrat beschließt die Änderung des § 14 a der Hauptsatzung wie folgt: (1) Der Stadtrat bestellt im Einvernehmen mit dem Oberbürgermeister einen hauptamtlichen Kinder- und Jugendbeauftragten der Stadt Dessau-Roßlau. (2) Näheres dazu regelt eine vom Stadtrat zu beschließende Satzung. 2. Die Besetzung der Stelle hat nach einer Ausschreibung bis zum 01.08.2022 zu erfolgen.
Neu	Die Besetzung der Stelle hat nach einer Ausschreibung zum frühestmöglichen Zeitpunkt (01.01.2023) zu erfolgen.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, übernimmt als Einreicher die Änderung und bedankt sich für die Zielsetzung.

Die geänderte Fassung der Vorlage wird zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis: 08:01:00

8.9 Unterstützung des Vereins zur Erinnerung an Johanna und Eduard Arnhold bei der Schaffung eines „Johanna und Eduard Arnhold Platzes“ auf dem Berliner Kulturforum
Vorlage: FV/012/2022/StR

Frau Bürgermeisterin Nußbeck führt kurz in die Beschlussvorlage ein und stellt sie danach zur Abstimmung.

Nach dem Tagesordnungspunkt wird eine Pause von 10 Minuten durchgeführt und die Nichtöffentlichkeit wird hergestellt.

Abstimmungsergebnis: 09:00:00

13 Schließung der Sitzung

Die **Leiterin der Sitzung, Frau Bürgermeisterin Nußbeck**, stellt die Öffentlichkeit wieder her und schließt die Sitzung um 19:30 Uhr.

Dessau-Roßlau, 19.05.22

S. Nußbeck
Stellv. Vorsitzende Haupt- und Personalausschuss

J. von Kloeden
Schriftführerin